

U18-Bundestagswahl 2025

Die Parteien

Leicht verständlich



Alternative für Deutschland (AfD)

Die Alternative für Deutschland ist eine Partei.

Die Alternative für Deutschland heißt auch AfD.

Die AfD ist keine normale Partei. Sie sagt: Nicht alle Menschen sind gleich viel wert.

Sie wollen weniger Einwanderung nach Deutschland und die Grenzen stärker schützen.

Strom und Energie sollen billiger werden.

Atom-kraft-werke sollen wieder Strom machen.

Kohle-kraft-werke sollen länger Strom machen.

Sie will die CO₂-Abgabe auf Benzin, Diesel und Gas abschaffen.

Autos mit Verbrennungsmotoren dürfen bleiben.

Die AfD sagt, Menschen können das Klima nicht ändern.

Sie will weniger Steuern für Firmen und Einkommen.

Sie will weniger Geld für Sozial-leistungen. Das betrifft Bürger-geld, Migration, Klima und Entwicklung.

Geflüchtete, die keine Beiträge zahlen, sollen keine Geld-hilfe mehr bekommen.

Sie sollen nur Sachen wie Essen oder Kleidung bekommen.

Deutschland soll aus der Europäischen Union und dem Euro austreten.

Die Menschen sollen darüber abstimmen.

Sie will der Ukraine kein Geld geben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (DIE GRÜNEN)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eine Partei.

Sie wollen, dass das Leben weniger Geld kostet.

Die Mieten sollen nicht so stark und schnell steigen.

Strom soll günstiger werden.

Das geht durch weniger Steuern und bessere Strom-netze.

Das Deutschland-Ticket soll bei einem Preis von 49 Euro bleiben (2025 erhöht auf 58 Euro).

Firmen, die in Deutschland Geld ausgeben, sollen Geld zurückbekommen.

Es soll einfacher sein, Fach-kräfte aus anderen Ländern nach Deutschland zu holen.

Die Arbeit in den Behörden soll schneller und digitaler werden.

Die Grünen wollen das Klima schützen.

Mehr E-Autos sollen auf die Straße.

Energie soll umwelt-freundlicher sein.

Menschen mit wenig Geld sollen ein Klima-geld bekommen.

Das Geld kommt von der CO₂-Bepreisung.

Der Mindest-lohn soll 15 Euro pro Stunde sein (aktuell bei 12,82 Euro).
Reiche Menschen sollen mehr Steuern zahlen.
Milliardäre sollen weltweit Steuern zahlen.
Arbeit und Familie sollen besser zusammenpassen.
Die Polizei und andere Sicherheits-behörden sollen mehr Hilfe bekommen.
Deutschland soll die Ukraine weiter unterstützen.
Es gibt Geld, Hilfe und Waffen.
Die Grünen wollen, dass mehr Geld für Schulen, Kitas und den Klima-schutz ausgegeben wird.
Auch Straßen und der Schienenverkehr sollen verbessert werden.
Dafür soll die Schulden-bremsen geändert werden. Das Land soll weiterhin wenig Schulden machen, aber notwendige Dinge kaufen können.

Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)

Das Bündnis Sahra Wagenknecht ist eine Partei.
Das Bündnis Sahra Wagenknecht heißt auch BSW.
Die Partei will Frieden, soziale Gerechtigkeit und eine starke Wirtschaft.
US-Raketen in Deutschland lehnt sie ab.
Deutschland soll keine Waffen an die Ukraine liefern.
So will die Partei Deutschland aus dem Krieg heraushalten.
Die Sanktionen gegen Russland sollen wegfallen.
Dann können Energie und Roh-stoffe aus Russland kommen.
Das soll der deutschen Wirtschaft helfen.
Der Krieg in der Ukraine soll durch Verhandlungen enden.
Die Partei ist gegen militärische Hilfe.
Reiche Menschen sollen weniger Macht haben.
Das Geld soll besser verteilt werden.
Das BSW will weniger Migration.
Geflüchtete sollen strenger kontrolliert werden.
Bei Kultur-Themen ist die Partei konservativ. In der Kultur soll alles bleiben, wie es ist.
Zum Beispiel war sie gegen das Selbstbestimmungs-gesetz. Mit diesem Gesetz können Menschen einfacher ihren Geschlechtseintrag ändern.
Deutschland soll sich mehr um soziale und wirtschaftliche Probleme kümmern.

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und Christlich-Soziale Union (CSU)

Die Christlich Demo-kratische Union ist eine Partei.
Die Christlich Demo-kratische Union heißt auch CDU.
Die Christlich-Soziale Union heißt auch CSU.

Steuern für Bürger und Unternehmen sollen sinken.
Dafür soll beim Bürger-geld und bei Geflüchteten gespart werden.
Das Bürgergeld soll es nicht mehr geben.
Stattdessen soll es eine „Neue Grund-sicherung“ geben.
Das Renten-alter bleibt bei 67 Jahren.
Wie hoch die Rente wird, hat die Partei nicht gesagt.
Die CDU/CSU will weniger Geflüchtete ins Land lassen.
Grenzen sollen stärker kontrolliert werden.
Asylverfahren sollen in anderen Ländern gemacht werden.
Die Wehr-pflicht soll wieder eingeführt werden.
Die Ukraine soll weiter Waffen bekommen.
Das Selbstbestimmungs-gesetz soll abgeschafft werden. Die Partei sagt,
das ist zum Schutz von Kindern und Jugendlichen.

DIE LINKE

DIE LINKE ist eine Partei.
Die Mieten sollen günstiger werden.
Es soll einen Mieten-deckel geben, und Staffel-mieten sollen verboten
werden. Das heißt, das Geld zum Wohnen soll einen bestimmten Betrag
nicht übersteigen dürfen.
Die Preise für Lebens-mittel und Energie sollen sinken.
Die Mehrwertsteuer auf Grund-nahrungsmittel, Bus- und Bahnfahrten soll
wegfallen.
Strom und Heiz-energie sollen günstiger werden.
Es soll mehr Geld für erneuerbare Energien geben.
Reiche Menschen sollen dafür einen „Energie-Soli“ zahlen.
Vermögende sollen mehr Steuern zahlen, auch eine Steuer für Milliardäre.
Kinder und Familien sollen mehr Unter-stützung bekommen.
Frauen sollen das gleiche Geld für die gleiche Arbeit wie Männer
bekommen.
Alle Menschen sollen die gleichen Rechte haben, egal woher sie kommen.
Flucht-wege nach Europa sollen sicherer werden.
Der Mindest-lohn soll 15 Euro pro Stunde sein.
Das Bürger-geld soll ohne Strafen sein.
Die Rente soll besser werden.
Es soll ein Renten-niveau von 53 Prozent geben (aktuell liegt es bei
48 Prozent).
Niemand soll mit der Rente weniger als 1.400 Euro im Monat haben.
DIE LINKE möchte eine Vier-Tage-Woche einführen.
In der Außen-politik setzt sich die Partei für Verhandlungen ein.
Sie ist gegen Waffen-lieferungen und will Konflikte friedlich lösen.

Freie Demokratische Partei (FDP)

Die Freie Demokratische Partei ist eine Partei.

Die Freie Demokratische Partei heißt auch FDP.

Der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer soll um 1.000 Euro steigen.

So soll Arbeit sich mehr lohnen als Sozialleistungen.

Überstunden sollen steuerfrei sein.

Der Spitzensteuersatz soll erst ab 96.600 Euro (aktuell bei 66.761 Euro) gelten.

Eine Vermögensteuer will die FDP nicht.

In der Gastronomie soll die Mehrwertsteuer für Speisen auf sieben Prozent sinken (aktuell bei 19 Prozent).

Firmen sollen weniger Steuern zahlen, höchstens 25 Prozent.

Der Solidaritätszuschlag soll ganz wegfallen.

Die FDP möchte Subventionen abbauen.

Der Staat soll Firmenbeteiligungen verkaufen.

Die EU soll keine neuen Schulden machen.

Wirtschaft und Informatik sollen Schulfächer in ganz Deutschland werden.

Die Bürokratie soll weniger werden.

Jedes Jahr soll ein Gesetz unnötige Regeln streichen.

Das Bildungssystem soll reformiert werden.

Der Bund soll mehr mitreden, und es soll einheitliche Standards geben.

Die FDP ist gegen eine gesetzliche Vier-Tage-Woche.

Das Bürgergeld soll überarbeitet werden.

Beim Klimaschutz will die FDP nicht, dass Deutschland bis 2045 klimaneutral wird.

Das Verbot für Verbrennermotoren ab 2035 soll wegfallen.

Flugreisen sollen durch Steuererleichterungen günstiger werden.

Beim Kauf der ersten eigenen Wohnung soll es eine Steuererleichterung geben.

Die Abhängigkeit von China soll weniger werden.

Die kritische Infrastruktur soll besser geschützt werden.

Die FDP ist für Waffenlieferungen an die Ukraine.

Dazu gehören auch Taurus-Marschflugkörper.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Die Sozial-demokratische Partei Deutschlands ist eine Partei.

Sie will mehr Geld in die Wirtschaft stecken.

Dafür soll die Schulden-bremse gelockert werden.

Ein „Deutschlandfonds“ mit 100 Milliarden Euro soll Firmen helfen.

Stromkosten sollen sinken.

Es soll eine Prämie geben, wenn man ein E-Auto kauft.

Arbeitnehmer sollen weniger Steuern zahlen.

Die Mehrwert-steuer auf Lebens-mittel soll von sieben auf fünf Prozent fallen.

Reiche Menschen sollen mehr Steuern zahlen.

Es soll eine Vermögen-steuer geben und eine höhere Erbschafts-steuer.

Der Mindestlohn soll auf 15 Euro steigen.

Die Rente soll stabil bleiben.

Mehr Menschen sollen arbeiten.

Fach-kräfte aus dem Ausland sollen nach Deutschland kommen.

Die Mietpreis-bremse soll ohne Ende gelten.

Elternzeit und Pflegekosten sollen besser werden.

In der Außen-politik unterstützt die SPD die Ukraine.

Aber sie will keine Waffen liefern, die den Krieg schlimmer machen könnten.

Sicherheit und Verteidigung sollen stärker werden.

Dabei sollen Sozial-ausgaben nicht gekürzt werden.

Was ist eine Partei?

Eine Partei ist eine Gruppe von Menschen.

Eine Partei hat Wünsche für dein Leben.

Eine Partei kann über dein Leben bestimmen.

Es gibt viele Parteien.

Die Parteien unterscheiden sich.

Was sind Wahlen?

Es gibt Wahlen.

Mit achtzehn Jahren entscheidest du bei den Wahlen.

Das nennt man wählen gehen oder eine Stimme abgeben.

Du wählst deine Lieblings-Partei.

Viele Menschen können eine Partei wählen.

Eine Partei mit vielen Stimmen kann über dein Leben entscheiden.

Was ist die Unter-Achtzehn-Wahl?

Jetzt darfst du bei der Unter-Achtzehn-Wahl wählen.

Die Unter-Achtzehn-Wahl nennt man auch U18-Wahl.

Bei der U18-Wahl übst du wählen.

Du wählst bei der U18-Wahl deine Lieblings-Partei.

Was kannst du hier lernen?

Hier siehst du die Wünsche von den Parteien.

Nach dem Lesen kennst du deine Lieblings-Partei.

Danach kannst du dich bei der U18-Wahl entscheiden.

Herausgeber:

Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V.
Schleiufer 14 | 39104 Magdeburg
0391-289 232 71 | u18@kjr-lsa.de
www.kjr-lsa.de



Der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V. ist der Zusammenschluss von 23 landesweit tätigen Jugendverbänden, sechs Dachverbänden sowie der Arbeitsgemeinschaft der Kreis- und Stadtjugendringe Sachsen-Anhalts. Er vertritt die Interessen der Kinder und Jugendlichen sowie seiner Mitglieder gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt und der Öffentlichkeit.

V. i. S. d. P.: Anne Seiffert, Tanja Rußack

Redaktion: Martin Gneist

Illustrationen: Erni Donnerberg

Layout und Satz: donnerandfriends.de

Druck: WIRMachenDRUCK GmbH, Backnang

Papier: Recyclingpapier weiß matt

Die U18-Bundestagswahl 2025 in Sachsen-Anhalt wird gefördert durch die Stiftung Demokratische Jugend. Diese Förderung bedeutet nicht zwangsläufig, dass die Stiftung den Ergebnissen und Aussagen des Textes zustimmt.

